

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Erster Teil: Das gesetzliche Verbot	19
A. Beschränkung durch Verbotsgesetze	19
B. Anknüpfungspunkte für gesetzliche Verbote	22
I. Verbot des Inhalts eines Rechtsgeschäfts	23
II. Verbot gegen die Art und Weise des Zustandekommens eines Rechtsgeschäfts	24
III. Verbotsverstoß wegen eines beabsichtigten Folgegeschäfts	26
C. Zivilrechtliche Wirkung der Verbotsgesetze und § 134 BGB	27
I. Geltungsanspruch der Verbotsgesetze	27
II. § 134 BGB als Verbindungsnorm	27
III. Nichtigkeit	28
1. Bedeutung	28
2. Rechtsfolgen	29
IV. Anwendung des § 134 BGB	29
1. Aussagegehalt des § 134 BGB	30
a) § 134 BGB als Auslegungsregel	30
b) § 134 BGB als nichtssagende Norm	30
c) Ansicht der Rechtsprechung	31
d) § 134 BGB als Klarstellungsnorm	32
2. Vorgehensweise bei der Rechtsfolgenbestimmung im Einzelfall	33
a) Die Formel der Rechtsprechung	34
b) Literaturansichten	36
c) Stellungnahme	37
D. Schutzrichtungen und Schutzzwecke gesetzlicher Verbote	38
I. Schutzrichtungen	38
II. Schutzzwecke	39
E. Der Grundsatz der sichersten Zweckerreichung	40

Zweiter Teil: Die rechtliche Unmöglichkeit	41
A. Bedeutung des Begriffs der rechtlichen Unmöglichkeit	41
I. Tatsächliche Unmöglichkeit	41
II. Rechtliche Unmöglichkeit	42
1. Rechtlich-tatsächliche Unmöglichkeit	42
2. Rechtlich-normative Unmöglichkeit	44
B. Rechtliche Unmöglichkeit und Leistungsinhalt	44
C. Rechtsfolgen der Unmöglichkeit	49
I. Rechtslage vor dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	49
1. Nachträgliche Unmöglichkeit	49
2. Anfängliche Unmöglichkeit	50
a) Objektive Unmöglichkeit	51
b) Unvermögen	51
II. Rechtslage nach dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	52
1. Das Erlöschen des Erfüllungsanspruchs und die Erhaltung der Leistungspflicht	52
2. Sekundäransprüche	54
a) Sekundäransprüche bei nachträglicher Unmöglichkeit	54
b) Sekundäransprüche bei anfänglicher Unmöglichkeit	55
III. Zwischenergebnis	56
Dritter Teil: Schnittbereich von rechtlicher Unmöglichkeit und gesetzlichem Verbot	57
A. Rechtliche Unmöglichkeit wegen eines Verbotsverstoßes	57
I. Zugrunde liegende These	57
II. Keine Anwendung von § 275 Abs. 2, Abs. 3 BGB	62
III. Zwischenergebnis	63
B. Der Schnittbereich	63
I. Beschreibung des Schnittbereichs	63
II. Fälle außerhalb des Schnittbereichs	64
C. Keine Unmöglichkeit bei Nichtigkeit	67
D. Das Bedürfnis zur Klärung der Normbereiche	67

E. Tatsächlich mögliche Leistungserbringung als Überwindung der rechtlichen Unmöglichkeit?	70
I. Unvereinbarkeit von § 134 BGB und rechtlicher Unmöglichkeit?	70
II. Tatsächliche Erfüllung und rechtliche Unmöglichkeit	72
 Vierter Teil: Auflösung der Gemengelage von § 134 BGB, Nichtigkeit, rechtlicher Unmöglichkeit und § 311 a BGB	75
A. Ausgangslage	75
B. Anspruch aus culpa in contrahendo	75
C. Regelungsgehalt des § 311 a BGB	76
I. Neuregelung des § 311 a BGB zum 1.1.2002	76
II. § 311 a BGB und Privatautonomie	76
III. Regelungsgehalt und Rechtsfolgen des § 311 a Abs. 2 BGB	77
1. Haftungsstruktur des § 311 a Abs. 2 BGB	77
a) § 311 a Abs. 2 BGB als Garantiehaftung	77
b) § 311 a Abs. 2 BGB als Verschuldenshaftung	78
2. Eingeschränkte Anwendung des § 311 a Abs. 2 BGB?	80
a) Keine Einschränkung des Anwendungsbereichs bei gesetzeswidrigem Vertrag	80
b) Keine unschlüssige Dogmatik des Anspruchs aus § 311 a Abs. 2 BGB	82
c) Keine teleologische Reduktion des § 311 a Abs. 2 BGB	85
aa) Die Kritik Lobingers	86
bb) Gründe für die Gewährung des Schadensersatzes auf das positive Interesse	88
d) Zwischenergebnis	91
3. Keine analoge Anwendung des § 122 BGB	91
4. Vorrang des § 311 a Abs. 2 BGB gegenüber culpa in contrahendo	93
5. Zwischenergebnis	94
IV. Verfassungsrechtliche Betrachtung	94
1. Geeignetheit	94
2. Erforderlichkeit	95
3. Zwischenergebnis	96

V. Vorrangige Berücksichtigung des § 311 a BGB	97
D. Regelungsgehalt des § 817 Satz 2 BGB	97
E. Die Abgrenzung zwischen rechtlicher Unmöglichkeit und verbotsbedingter Nichtigkeit	100
I. Vorgehensweise bei der Abgrenzung	100
II. Das Verbotsgesetz als Primat	100
III. Wechselwirkung von Nichtigkeit und den §§ 275, 311 a BGB bei rechtlicher Unmöglichkeit	101
IV. Abgrenzungsrelevante Belange	103
1. Maßgebliche Kriterien	103
2. Verbotszweckerreichung	107
a) Tatsächliche Auswirkungen	107
b) Verhinderung eines Erfüllungsanspruchs	108
3. Keine Gültigkeit des Verpflichtungsgeschäfts bei Unrechtsabrede	109
4. Keine Nichtigkeit des Verpflichtungsgeschäfts bei Nichtigkeit des Verfügungsgeschäfts	111
F. Abgrenzung durch Einteilung in Fallgruppen	115
I. Struktur der Fallgruppenbildung	115
II. Einzelne Fallgruppen	116
1. Verbot soll die Allgemeinheit oder einen Dritten schützen	116
a) Kenntnis nur des einen Vertragspartners	117
aa) Kenntnis nur des Schuldners	117
(1) Annahme von Nichtigkeit des Vertrages beim zweiseitigen Verbot	118
(2) Annahme von Gültigkeit beim beiderseitigen Verbot	119
(3) Abweichende Beurteilung bei nur einseitigem Verbot	124
(4) Zwischenergebnis	126
bb) Kenntnis nur des Gläubigers	126
b) Kenntnis beider Vertragsparteien	129
c) Unkenntnis beider Vertragsparteien	131
2. Verbot soll einen der Vertragspartner schützen	133
a) Verbot schützt Gläubiger der verbotenen Leistung	133
b) Verbot schützt Schuldner der verbotenen Leistung	136

G. Die dennoch erbrachte verbotene Leistung	138
I. Verpflichtung zur Annahme einer verbotenen Leistung	139
II. Erfüllungswirkung durch verbotene Leistung	141
1. Kenntnis vom Verbot bei Leistungsvornahme	142
2. Unkenntnis vom Verbot bei Leistungsvornahme	143
III. Behaltsdürfen der dennoch erbrachten Leistung und der Anspruch auf die Gegenleistung	145
1. Einseitiges Verbot	145
2. Beiderseitiges Verbot	146
Ergebnisse	150
Literaturverzeichnis	157